



PLÄNE FÜR EIN NEUES VORARLBERG

STAND: 12. JULI 2014

VORWORT

Die vorliegenden „Pläne für ein neues Vorarlberg“ sind eine wichtige Grundlage für unsere politische Arbeit – ein lebendiges Instrument, das uns als Wegweiser dienen soll, um die richtigen Entscheidungen für die Zukunft zu treffen. Rund einhundert Vorarlbergerinnen und Vorarlberger aus der Mitte der Gesellschaft haben in unterschiedlichen Themengruppen unzählige Stunden investiert, um gemeinsam neue Inhalte, Ideen und Ansätze für die politische Arbeit in unserem Land zu erarbeiten. Diese Pläne verstehen sich nicht als ein „in Stein gemeißeltes Programm“, sondern vielmehr als interaktive Ideensammlung, die laufend überarbeitet, verbessert und erweitert wird, um den aktuellen Herausforderungen gerecht zu werden. Sie erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit, wohl aber auf einen neuen Stil und einen neuen Zugang zu wesentlichen Themenbereichen in unserem Land. Denn die „Pläne für ein neues Vorarlberg“ fußen auf unseren fünf Kernwerten – den leicht verständlichen und nachvollziehbaren „Fixpunkten“ unserer Weltanschauung, die uns verbinden: Eigenverantwortung, Freiheitsliebe, Authentizität, Wertschätzung und Nachhaltigkeit.

INHALTSVERZEICHNIS

Grundlagen	5
Unsere Pläne für	
Demokratie und Verwaltung	9
Finanzen	15
Bildung	18
Wirtschaft und Standort	26
Land-, Forst- und Jagdwirtschaft	33
Verkehr	37
Familie	40
Soziales	43
Gesundheit	46
Integration	49
Kunst und Kultur	52
Energie und Umwelt	54
Raumplanung und Wohnen	58

GRUNDLAGEN

PRÄAMBEL

Vorarlberg ist ein wunderschönes Land. Wir sind stolz auf diese unsere Heimat.

Wir bekennen uns zu einem selbständigen Vorarlberg als Teil eines föderalen Bundesstaates Österreichs.

Wir bekennen uns zur Integrität unserer Umwelt und Natur: Sie zu schützen und für die nächsten Generationen zu erhalten, ist unser ethischer Auftrag.

Wir bekennen uns zu den Grundsätzen Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und zur sozialen Ordnung - sie stellen die höchsten Güter unserer Gesellschaft dar. Dem Ziel, sie zu wahren und weiterzuentwickeln, sind wir verpflichtet.

Wir bekennen uns zu den Stärken **unseres Landes**: Bescheidenheit, Sparsamkeit und eine unbändige „Schaffermotivität“ zeichnen seine Bewohner_innen aus.

Wir bekennen uns zur Landespolitik: Sie ist der Ort, wo wir uns ausmachen, wie wir miteinander umgehen und nach welchen Regeln wir leben. Niemand kann das für uns Vorarlberger_innen besser festlegen, als wir Vorarlberger_innen selbst.

Vieles ist sehr gut in Vorarlberg. Manches wollen wir ändern.

UNSERE VISION

Ein neues Vorarlberg

Die Politik hat an Respekt gewonnen. Man spürt, dass es wieder um Lösungen geht. Die Demokratie ist gestärkt. Entscheidungen auf Landes- und Gemeindeebene sind transparent. Mehr Menschen denken mit, reden mit, machen mit. Es werden Gegebenheiten, die einem besseren Vorarlberg schon lange im Weg stehen, in Frage gestellt. Die Politik in Vorarlberg ist durch Wertschätzung und Ehrlichkeit geprägt. Das Gemeinsame steht vor dem Trennenden. Die Zuversicht wächst. Das Land verändert sich. Das ist das neue Vorarlberg.

UNSER ANSPRUCH: WIR VERÄNDERN VORARLBERG

- Wir Bürger_innen holen uns das Land zurück.
- Wir brechen verkrustete Strukturen auf.
- Wir bringen einen neuen Stil und neue Formen der Bürger_innenbeteiligung in die Politik.

Wir wollen ein Vorarlberg

- mit einem modernen Schulsystem, in dem die Kinder ihre Stärken entfalten können, die Eltern ihrer Verantwortung nachkommen und die Lehrer_innen gerne unterrichten,
- mit einer effizienten und transparenten Verwaltung, die sparsam mit unseren Steuergeldern umgeht,
- mit einem enkelfittigen Pensionssystem, in dem es auch auf Landesebene keine Luxuspensionen mehr gibt,
- mit einer offenen Demokratie, in der jeder Bürger, jede Bürgerin die Möglichkeit hat, seine/ihre Expertise einzubringen,
- mit einer florierenden Wirtschaft, in der der Mensch im Mittelpunkt steht.

UNSERE GESCHICHTE

Wir packen jetzt an. Wir wollen nicht mehr nur zusehen.

Wir sind eine von Bürger_innen initiierte und getragene Bewegung, die das Ziel hat, unser Land von den Fußfesseln der alteingesessenen Parteien zu befreien.

Wir glauben daran, dass wir unsere Zukunft selbst gestalten können – unsere gemeinsame Lebenswelt, unser Vorarlberg.

Wir arbeiten zusammen an einer neuen Form von Politik: Einer ehrlichen Politik, die uns Bürger_innen verpflichtet ist und dem Neuen Platz gibt, nicht nur dem Etablierten. Einer Politik, die Freude und Zuversicht verbreitet. Wir wollen Lust auf Politik und das gemeinsame Gestalten machen.

Wir kommen aus der Mitte der Gesellschaft – neue Köpfe, neuer Stil, neue Politik.

Wir sehen die Dinge pragmatisch und ohne ideologischen Zerrspiegel. Wir können unsere Gedanken unabhängig und frei äußern und unsere Ideen umsetzen.

Wir beenden den Stillstand. Wir gestalten das neue Vorarlberg.

UNSERE KERNWERTE

freiheitsliebend

mündig
unabhängig
entscheidungsfrei
flexibel
aufgeschlossen

wertschätzend

fair
gemeinsam gestalten
europäisch und weltoffen
sozial verantwortlich
und integrativ
leistungsorientiert

eigen- verantwortlich

ergebnisorientiert
entschlossen und mutig
verantwortungsbewusst
Bürgerrechte und
Demokratie stärken
vernünftig und
pragmatisch

nachhaltig

chancengerecht
integraler Ansatz
langfristorientiert
Balance von Gesellschaft,
Wirtschaft und Ökologie
Zukunftsfreude statt
Zukunftsangst

authentisch

überlegt
kompetent und lernfähig
aufrichtig und echt
klar und verständlich
transparent

DEMOKRATIE UND VERWALTUNG

SO SIEHT'S HEUTE AUS

Die demokratischen Mitbestimmungsrechte der Bürger_innen enden mit der Stimmabgabe am Wahltag. Diese „Ein-Minuten-Demokratie“ ist uns zu wenig.

Das Vertrauen der Bürger_innen in die Politik ist an einem Tiefpunkt angelangt. Selbst Kammern und öffentliche Institutionen sind parteipolitisch dominiert. Viele Bürger_innen haben das Gefühl, dass ohne das richtige Parteibuch gar nichts geht. Sie glauben nicht mehr, dass ihre Stimme bei den Wahlen etwas verändert. Echte demokratische Mitsprache der Bevölkerung gibt es – mit Ausnahme des aktiven Wahlrechts – nicht.

Informationen sind schwer zugänglich, politische Gremien wie Landtags- und Gemeindefausschüsse tagen nicht öffentlich. Unter dem Deckmantel der Amtsverschwiegenheit sind viele Bereiche der Verwaltung zu wenig transparent.

Der Verwaltungsapparat ist aufgebläht. Behördenverfahren leiden unter teurer Bürokratie, Intransparenz und geringer Effizienz. Dringend notwendige strukturelle Reformen werden nicht angegangen. Überregulierungen und Doppelgleisigkeiten stören die Bürger_innen und hemmen die Wirtschaft.

Politik und Beruf sind kaum vereinbar. Die Sitzungstermine von Landtag und dessen Ausschüssen liegen so, dass vielen Mandatar_innen eine Weiterführung ihres zivilen Berufs unmöglich ist. Dadurch steigen vorrangig Personen aus dem öffentlichen und halböffentlichen Sektor (Lehrer_innen, Kammerangestellte, Landesbedienstete, etc.) in die Vorarlberger Landes- und Kommunalpolitik ein, deren berufliche Positionen im angestammten Dienst verpflichtend freigehalten werden. Die politischen Jahre werden als Dienstjahre angerechnet – für Gehaltsvor-

rückungen und Pensionsansprüche aus Positionen, in denen die Mandatar_innen nicht aktiv tätig sind. Bei ihrer Rückkehr in den zivilen Beruf werden sie erfahrungsgemäß sogar in höhere Positionen befördert.

Derzeit (Frühjahr/Sommer 2014) sind von sieben Regierungsmitgliedern (Landeshauptmann, sechs Landesräte) alle sieben direkt aus einem solch privilegierten Bereich in die Landespolitik / Regierungstätigkeit eingestiegen.

Öffentliche Bedienstete, die ein Mandat ausüben, haben einen verfassungsrechtlich geschützten Anspruch auf Dienstfreistellung und Dienstbezüge in der Höhe von 75 Prozent ihres bisherigen Gehalts. Darüber hinaus haben sie auch Anspruch auf eine gleichwertige Tätigkeit, sofern sie nicht mehr am bisherigen Arbeitsplatz eingesetzt werden können.

Der Landesrechnungshof prüft Gemeinden, Betriebe und Einrichtungen des Landes willkürlich nach dem Prüfplan der Landesregierung. Die Intervalle der Prüfungen z.B. für die Gemeinden sind im Prüfplan nicht enthalten. Auch ausgelagerte Gesellschaften, bei denen das Land beteiligt ist, werden nicht kontinuierlich geprüft.

DA WOLLEN WIR HIN

Das Land Vorarlberg ermuntert seine Gemeinden, neue Elemente der direkten Demokratie auszuprobieren. Die Parteien befürchten nicht mehr, dadurch an Macht und Einfluss zu verlieren.

Die Wahlbeteiligung ist hoch. Viele Bürger_innen, egal mit welcher politischen Grundhaltung, beteiligen sich aktiv am politischen Geschehen (z.B. in Landes- und Bürger_innenforen). Die Bürger_innen trauen sich wieder, frei ihre Meinung zu sagen, ohne Konsequenzen befürchten zu müssen.

Politik und Beruf sind für Landtagsabgeordnete und Kommunalpolitiker_innen vereinbar. Diese politischen Funktionen stehen nicht mehr im Generalverdacht, „Versorgungsposten“ zu sein. Es engagieren sich die besten Köpfe für ein politisches Amt, weil sie gleichzeitig ihrem zivilen Beruf nachgehen können. Sie erhalten vom Land/von der Kommune für ihre politische Tätigkeit, die sie nicht hauptberuflich ausüben, kein Gehalt sondern Sitzungsgelder und Aufwandsentschädigungen.

Alle politischen Gremien sind öffentlich zugänglich, und es gibt mehr und wirkungsvollere direktdemokratische Elemente. Landtagsabge-

ordnete und Gemeindevertreter_innen werden nicht mehr fast ausschließlich von Parteigremien, sondern durch die Wähler_innen direkt bestimmt. Sie sind wieder den Bürger_innen und nicht den Parteien Rechenschaft schuldig. Die Amtsverschwiegenheit wurde unter Wahrung des Persönlichkeitsschutzes der Bürger_innen abgeschafft.

Die politischen Prozesse sind transparenter und die Verwaltung effizienter. Gleichzeitig werden Entscheidungen nach Sachlage und nicht nach Parteizugehörigkeit gefällt. Politische Minderheitenrechte wurden ausgebaut. Die Gemeinden bzw. Gemeindeverbände sind in ihrer Kompetenz gestärkt.

Alle Gemeinden und Betriebe, an denen die Kommunen und/oder das Land beteiligt sind, werden vom Landesrechnungshof verpflichtend und regelmäßig geprüft und, wenn notwendig, sanktioniert.

SO KÖNNEN WIR DAS ERREICHEN

Politik beleben und Bürger_innenbeteiligung zulassen

- Wir fordern, jene Ausschüsse in den Gemeinden, die gesetzlich nicht vorgeschrieben sind, durch Bürger_innenforen zu ersetzen. Jede Gemeinde entscheidet selbst, welchen Ausschuss sie durch ein Gemeindeforum ersetzen will. Sie entscheidet auch, nach welchen Regeln ihre Bürgerforen arbeiten.
- Allen Bürger_innen muss es möglich sein, ohne jeden Parteienfilter auch nach dem Wahltag das politische Geschehen in ihrer Gemeinde mitzugestalten. Die einzige Voraussetzung dafür ist das Interesse und die Bereitschaft, in der eigenen Gemeinde (auf Dauer oder befristet für ein Projekt) im Sinne des Gemeinwohls mitzuarbeiten.
- Das Recht auf Information und Diskussion in den Bürgerforen steht jedem/jeder Gemeindebürger_in zu.
- Jedes Bürgerforum kann seine Beratungsergebnisse durch von ihm bestimmte Personen darlegen und erläutern, bevor darüber abgestimmt wird. Das Land muss die Gemeinden darauf aufmerksam machen, dass diese Art der bürgerlichen Mitgestaltung, die in einzelnen Gemeinden bereits praktiziert wird, von der geltenden Gemeindeautonomie gedeckt ist.

- Im Übrigen fordern wir derartige Bürgerforen sinngemäß auch auf Landesebene.

Politische Minderheitenrechte ausbauen

- Die im Mai 2014 beschlossenen Regeln für die Einsetzung und Arbeit von Untersuchungsausschüssen sind grundsätzlich zu begrüßen, die geltenden Beschränkungen sind jedoch ersatzlos zu streichen.
- Die Minderheitenrechte müssen auch für die Aufnahme von Beweisen (Akteneinsicht, Ladung von Auskunftspersonen, Beiziehung von Sachverständigen, etc.) gelten.
- Drei Landtagsabgeordnete sollen uneingeschränkt eine geheime Abstimmung verlangen können.
- Der rechtskundliche Dienst des Landes, der bislang nur für die Regierung arbeitet, soll künftig auch den Mitgliedern des Landtages zur Verfügung stehen.

Wahlrecht personalisieren

- Wir fordern, dass die Hälfte der Landtagsabgeordneten direkt vom Volk gewählt wird. Die zweite Hälfte der Mandate wird entsprechend dem Wahlergebnis über die Parteilisten zugewiesen.
- Sitzungen des Landtags und dessen Ausschüsse sollen künftig zu Randzeiten stattfinden. Dadurch ist die Vereinbarkeit von Politik und Beruf erleichtert. Landtagsabgeordnete erhalten künftig Sitzungsgelder und Spesenentschädigung anstatt eines Gehalts. Politische Jahre als Regierungsmitglieder werden künftig nur noch als Pensionsjahre angerechnet, jedoch nicht mehr als Gehaltsvorrückungsjahre. Die Privilegierung der Mandatsausübung von öffentlichen Bediensteten ist abzuschaffen.
- Regierungsmitglieder müssen sich vor ihrer Angelobung im Landtag einem Hearing mit Ablehnungsmöglichkeit stellen (wie im EU-Parlament).

Transparenz

- Wir wollen einen gläsernen Staat und keine gläsernen Bürger_innen. Die gesamte Verwaltung ist grundsätzlich öffentlich und nicht

geheim zu führen. Dabei sind jedoch die Würde und die Privatsphäre der Bürger_innen zu wahren und die Regeln des Datenschutzes zu beachten. Mit schriftlicher Zustimmung der geschützten Person/Einrichtung können aber auch geschützte Informationen öffentlich zugänglich gemacht werden.

- Alle Bürger_innen haben das Recht auf Offenlegung von Verwaltungsakten, ohne ein besonderes Interesse nachweisen zu müssen.
- Alle beratenden Gremien auf Landes- und Gemeindeebene haben grundsätzlich öffentlich zu tagen. Ihre Sitzungsprotokolle sind öffentlich zugänglich zu machen und über Ersuchen online zu stellen bzw. zu übermitteln.
- Verletzungen des Öffentlichkeitsgrundsatzes sind zu sanktionieren.
- Das Gesetz über den Landesrechnungshof ist einer umfassenden Revision zu unterziehen und dahingehend zu ändern, dass Prüfungen von Gemeinden und Betrieben, an denen Kommunen und/oder das Land beteiligt sind, verpflichtend und regelmäßig stattfinden.
- Die entsprechenden Verwaltungsakten, Sitzungsprotokolle, Bilanzen, Rechnungsabschlüsse und andere Daten sollen mit Unterstützung der Informationstechnologie in einer strukturierten und benutzerfreundlichen Form öffentlich zugänglich gemacht werden.

Landesverwaltungsgericht statt gemeindeinternem Instanzenzug

- Der gemeindeinterne Instanzenzug gegen Bescheide der Gemeinde soll abgeschafft werden. Statt der Gemeindevertretung (Berufungskommission) soll das Landesverwaltungsgericht als zweite Instanz fungieren (wie z.B. in Tirol). So kann mehr Unabhängigkeit und Objektivität gewährleistet werden.

Verwaltung neu gestalten

- Aufgaben, die derzeit auf Landesebene liegen, sollen an die Gemeinde oder an Gemeindeverbände delegiert werden, wenn sie dort bürgernäher, effizienter und kostengünstiger erledigt werden können. Für kommunale Aufgaben wie etwa Baubewilligungsverfahren, Flächenwidmungen, Personal- und Rechnungswesen, Wasserwerke

und Bauhöfe soll die interkommunale Kooperation weiter forciert und unterstützt werden.

Beschränkung der Abgeordneten- bzw. Regierungstätigkeit

- Für nicht direkt gewählte Funktionsträger_innen wird die Tätigkeit im selben Gremium auf 15 Jahre, bei Regierungsämtern auf zehn Jahre beschränkt.

Föderalismus leben

- Gesetzgebung, Finanzierung (Steuerhoheit) und Letztverantwortung für Verwaltung sind immer auf derselben Ebene (Bund, Land) anzusiedeln.
- Wir setzen uns für die Erweiterung der Steuerhoheit der Bundesländer ein. Das Ziel der finanziellen Eigenverantwortung ist ein effizienterer Einsatz der Mittel, ein ausgeglichenes Budget, die Reduktion der Schuldenlast und eine in Summe geringere Steuerbelastung für die Vorarlberger Bevölkerung.

FINANZEN

SO SIEHT'S HEUTE AUS

Viele Vorarlberger Gemeinden sind hoch verschuldet (Schuldenstand inkl. Gemeindeimmobiliengesellschaften im Jahr 2011: 932 Millionen Euro gegenüber 112 Millionen Euro Landesschulden). Dazu kommt mangelnde Transparenz bei Landes- und Gemeindefinanzen, die sich auch dadurch ergibt, dass auf beiden Ebenen verschiedenste Bereiche ausgelagert sind, wie etwa Gemeinde-Immobiliengesellschaften aber auch Einrichtungen wie z.B. Energieinstitut.

Das Förderwesen ist intransparent, unübersichtlich und wenig effizient. Zudem üben Betriebe in öffentlicher Hand Tätigkeiten außerhalb ihrer Kernkompetenzen (Sponsoring, Bodenseeflotte, etc.) aus, was die Intransparenz der Geldflüsse verstärkt.

Bei öffentlichen Projekten werden vielfach die veranschlagten Budgets weit überschritten. Das führt dazu, dass Gelder von anderen Bereichen abgezogen werden müssen bzw. die frei verfügbaren Mittel stark eingeschränkt werden.

DA WOLLEN WIR HIN

Wir wissen, was mit unserem Steuergeld passiert. Für das Geld wurde hart gearbeitet, endlich wird es auch effizient und an der richtigen Stelle eingesetzt.

Der Schuldenstand des Landes und der Gemeinden wird jährlich um zwei Prozent abgebaut.

Auf einer Online-Plattform können die Bürger_innen die offengelegten und strukturierten Budgetdaten des Landes und der Gemeinden einsehen, wodurch Transparenz im Finanzbereich gewährleistet ist. Eine homogene IT-Landschaft unterstützt die effiziente Erledigung der Verwaltungsaufgaben.

SO KÖNNEN WIR DAS ERREICHEN

Nulldefizit

- Ein echtes Null-Defizit muss auch ohne Auflösung von Rücklagen kurzfristig erreicht werden können. Mittelfristig muss der aktuelle Schuldenstand des Landes (Stand 2011: ca. 112 Millionen Euro) und der Gemeinden (Stand 2011: insgesamt ca. 960 Millionen Euro) um zehn Prozent reduziert werden.
- Öffentliche (Bau-)Projekte müssen im Detail auf Nachhaltigkeit geprüft und Nutzungskonzepte bei der Planung vorgelegt werden. Die Bürger_innen sollen bei der Entscheidung über Großprojekte einbezogen werden.
- Die Gehälter der Landesbediensteten werden nach fairen und leistungsorientierten Kriterien gestaltet.
- Werden Empfehlungen aus Rechnungshof-Berichten ignoriert, ist dies zu sanktionieren: Innerhalb von drei Monaten nach Vorliegen eines Rechnungshof-Berichtes ist dem jeweiligen Kontrollorgan ein Maßnahmenplan vorzulegen und zu veröffentlichen. Werden Empfehlungen nicht umgesetzt, ist dies zu begründen. Nach weiteren sechs Monaten ist ein Statusbericht vorzulegen.

Transparenz schaffen

- Das Land und die Gemeinden müssen die ausgelagerten Gesellschaften und deren Bilanzen transparent machen – durch Veröffentlichung auf der Website des Landes Vorarlberg in gesammelter und strukturierter Form.
- Die Verwendung aller öffentlichen Mittel (inkl. aller Aufträge) ist transparent zu machen und auf einer Online-Plattform zu veröffentlichen.
- Wir fordern die „Öffnung“ von Regierung und Verwaltung gegenüber der Bevölkerung und der Wirtschaft (Open Government) durch direkten Kontakt zwischen Verwaltung und Bürger_innen auf mehreren Kommunikationskanälen.

- Betriebe in öffentlicher Hand sollen auf ihre Kernkompetenzen zurückgeführt werden (Beendigung intransparenter Quersubventionierungen).
- Offenlegung der Landeshaftungen für Banken und Betriebe.

Förderwesen effizient gestalten

- Alle öffentlichen Förderungen sind transparent zu machen (Transparenzdatenbank).
- Die Förderungen durch Land und Gemeinden werden auf Sinnhaftigkeit und Nachhaltigkeit geprüft (Einführung einer durchgehenden Qualitätskontrolle). Förderungen mit geringem oder ohne nachweisbaren Nutzen bzw. ohne messbaren Effekt werden abgeschafft.
- Die Rückflüsse aus Förderungen (z.B. Wohnbauförderung) werden zweckgebunden eingesetzt.
- Ein standardisierter Prozess regelt, wie Förderungen beantragt und vergeben werden. In einer zentralen Förderdatenbank werden alle Zuwendungen öffentlich gemacht, Mehrfachförderungen werden verhindert.

Föderalismus stärken

- Gesetzgebung, Finanzierung (Steuerhoheit) und Letztverantwortung für Verwaltung sind immer auf derselben Ebene (Bund, Land) anzusiedeln.
- Wir setzen uns für die Erweiterung der Steuerhoheit der Bundesländer ein. Das Ziel der finanziellen Eigenverantwortung ist ein effizienterer Einsatz der Mittel, ein ausgeglichenes Budget, die Reduktion der Schuldenlast und eine in Summe geringere Steuerbelastung für die Vorarlberger Bevölkerung.

BILDUNG

SO SIEHT'S HEUTE AUS

Die Bildungspolitik ist seit Jahrzehnten von Versäumnissen geprägt. Der Streit rund um die Gesamtschule bringt uns auch in Vorarlberg nicht weiter. Der Konflikt um das neue Lehrerdienstrecht hat viele Wunden verursacht und die Lehrer_innenschaft tief frustriert zurückgelassen. Im Kompetenzgerangel zwischen Bund, Ländern und Gemeinden kommt vor allem eines viel zu kurz: Das Wohl unserer Kinder.

Viel zu lange hat die Politik in Vorarlberg die Bedürfnisse von Familien ignoriert: Daher gibt es noch immer zu wenige Kinderbetreuungsplätze – insbesondere für Ein- bis Dreijährige fehlen bedarfsgerechte Angebote in altersgerechter Qualität.

Das Bildungsniveau ist im Sinkflug – Österreichs Ergebnisse in internationalen Vergleichsstudien sind wenig ermutigend, zahlreiche Pflichtschulabgänger_innen weisen grobe Mängel in den Kulturtechniken auf, das heißt, sie können nicht ausreichend lesen, schreiben und rechnen. Das behindert sie in ihrer persönlichen Entwicklung und ihrem beruflichen Fortkommen.

Mit „Bildungsstandards“ und „Zentralmatura“ werden neue Ziele festgeschrieben, ohne an den Wegen zur Zielerreichung etwas zu ändern. Der Spielraum der Schulen, selbstverantwortlich neue Wege einzuschlagen, ist immer noch viel zu gering.

Lehrer_innenmangel und die Abwanderung von Lehrer_innen in die attraktiven Nachbarländer stellen die Vorarlberger Bildungslandschaft vor besondere Herausforderungen.

Die akademische Ausbildung hat im Land Vorarlberg einen zu geringen Stellenwert. Der Fachhochschule Vorarlberg fehlt es an einer klaren Strategie, in internationalen Vergleichen spielt sie nur eine untergeordnete Rolle. Die neue Lehrer_innenausbildung stellt die Pädagogische Hochschule vor neue Herausforderungen und unter politischen Druck.

Die Bildungspolitik ist seit Jahrzehnten von Frustrationen geprägt, die es mit frischem Wind, Investitionen in die Zukunft und neuen Denkweisen zu überwinden gilt.

DA WOLLEN WIR HIN

Das Bildungswesen in Vorarlberg ist geprägt von einer Zuwendung zu den Potenzialen und Talenten. Nicht die Konzentration auf Defizite, sondern die Entfaltung der Persönlichkeit und ihrer Stärken stehen im Mittelpunkt der Bestrebungen. Förderung und Unterstützung für Begabte sind in ausreichendem Maße vorhanden und haben die Abwanderung von qualifizierten Vorarlberger_innen in Richtung Schweiz, Deutschland und andere Bundesländer reduziert.

Kinderbetreuungseinrichtungen sind im ganzen Land als erste Bildungsstätte anerkannt, sie werden geschätzt und weiterentwickelt. Ab dem ersten Geburtstag steht für jedes Vorarlberger Kind, wenn notwendig, ein hochwertiger Betreuungsplatz zur Verfügung. Voraussetzung dafür ist ein altersgerechtes Betreuungsverhältnis mit gut ausgebildeten Betreuer_innen.

In den Vorarlberger Schulen stehen die Zukunftschancen, Interessen und Talente der Schüler_innen im Mittelpunkt. Lehrer_innen werden auf vielfältige und wertschätzende Weise unterstützt, gefordert und gefördert, damit der Unterricht jedes Jahr besser wird als im Jahr zuvor. Für die unterschiedlichen Aufgaben der Schule – von Wissensvermittlung über Coaching bis zu Sozialarbeit – sind entsprechende Profis im Einsatz.

Die Schulen sind eigenverantwortliche Einrichtungen, die über ausreichend Entscheidungsspielräume, Planungssicherheiten und Qualitätssicherungsinstrumente verfügen, um ihr volles Potenzial auszuschöpfen.

Eltern nehmen ihre Verantwortung im Rahmen der Bildung ihrer Kinder wahr. Sie stehen im Dialog mit der Schule, um die Entwicklung ihrer Kinder optimal begleiten zu können.

Die Entscheidung für eine Lehre und somit die duale Ausbildung bedeutet für junge Vorarlberger_innen ein hohes Maß an Anerkennung in der Gesellschaft. Die Öffentlichkeit ist sich der Bedeutung von qualifizierten Fachkräften für unser Land bewusst. Egal ob eine Berufslaufbahn akademisch oder nicht-akademisch verläuft – jeder Beruf hat seinen

Stellenwert im Lebensalltag.

An der Fachhochschule Vorarlberg werden innovative und international anerkannte Spitzenleistungen erbracht – in der Lehre ebenso wie in der Forschung. Berufsakademien haben sich als neue Säule der berufsnahen hochschulischen Ausbildung etabliert und heben damit das erfolgreiche Prinzip der dualen Ausbildung auf die nächste Qualifikationsstufe nach der Lehrabschlussprüfung. Die Pädagogische Hochschule ist die führende Institution für die Aus- und Weiterbildung der Lehrer_innen in Vorarlberg.

Bildung umfasst die Entwicklung von Handlungskompetenzen, Qualifikation und Wissen als lebensbegleitenden Prozess.

SO KÖNNEN WIR DAS ERREICHEN

Kinderbetreuung / Kindergärten: Wer nicht sät, wird nicht ernten

- Kindergärten, Krippen, Kindergruppen und die Einrichtungen der Tagesmütter sind wichtige Bildungsstätten. Die Frühpädagogik schafft die außerfamiliäre Grundlage dafür, allen Kindern gute Entwicklungschancen zu eröffnen. Hier sind Investitionen ins Bildungswesen am dringendsten nötig und entfalten die größte Wirkung.
- Wir wollen einen Qualitätssprung mit einem besseren Betreuungsverhältnis für die Kinder und mehr Ganztagsangeboten. Dafür ist es notwendig, mehr Personal einzustellen sowie die Ausbildung und Bezahlung der Kinderbetreuungsberufe aufzuwerten. Zur Unterstützung der Familien ist – neben Fortbildungsmöglichkeiten zur Stärkung der Erziehungskompetenz – eine qualitätsvolle Kinderbetreuung zielführender als reine Geldleistungen wie Steuerfrei- und Absetzbeträge.
- Wir wollen einen Rechtsanspruch für Kinder ab dem ersten Geburtstag auf einen leistbaren Betreuungsplatz. Dadurch schaffen wir faire Rahmenbedingungen für Eltern, die diese Form der Betreuung brauchen.
- Von Vereinen, privaten Trägern oder Unternehmen geführte Kinderbetreuungseinrichtungen zeigen, dass die bedürfnisorientierte Betreuung von Kleinkindern möglich ist. Wir begrüßen die Arbeit dieser

Initiativen, fordern jedoch, dass das Land Vorarlberg Verantwortung für alle Bürger_innen übernimmt und nach dem Vorbild privater Initiativen faire und machbare Möglichkeiten für alle umsetzt.

- Kindergartenleiter_innen gehören einbezogen in die Gestaltung der Ausbildung, des Praxiserwerbs und der Aufnahmebedingungen für Bewerber_innen in die Bildungsanstalt für Kindergartenpädagogik. Sie brauchen ein echtes Mitspracherecht bei der Ausgestaltung und der Entscheidung über die Kompetenzüberprüfungen im Kindergarten.
- Erforderliche zusätzliche Angebote wie Sprachförderung u.a. müssen im Ermessen der jeweiligen Kindergartenleiter_innen möglich, die Finanzierung gewährleistet sein.

Die Lehrer_innen: Schlüssel zum Erfolg

- Internationale Studien zeigen: Entscheidend für die Qualität der Bildung sind nicht Strukturen und Methoden, sondern die Lehrer_innen. Wir wollen Wertschätzung und Image-Arbeit für den Beruf, die Aufwertung des Lehramtsstudiums, Quereinsteiger_innen aus der Praxis und eine vielseitige Weiterbildung anstelle des Fortbildungsmonopols der Pädagogischen Hochschulen. Zusammenarbeit und Erfahrungsaustausch in Teams sollen aktiv gefördert werden. An großen Schulen machen Team- und Bereichsleitungen Sinn. Engagierten Lehrer_innen stehen damit neue Karrieremöglichkeiten offen.

Die Direktor_innen: Profis mit Gestaltungsspielraum

- Schulleiter_innen sollen nicht von Behörden bestimmt, sondern nach öffentlichen Hearings von Lehrer_innen, Eltern, Schüler_innen und Trägerkörperschaften gemeinsam gewählt und auf Zeit bestellt werden. Sie bekommen Gestaltungsspielraum bei der Auswahl der Lehrer_innen und anderer Mitarbeiter_innen sowie bei der Verwendung der Budgets. Direktor_innen fördern und fordern die Weiterbildung ihrer Mitarbeiter_innen.

Autonomie: Freie Schulen und Kindergärten

- Wir wollen freie Bildungseinrichtungen, die nicht bürokratischer Überregulierung ausgesetzt sind. Sie sollen eigenständig neue Wege

gehen, um schnell, flexibel und realitätsnah agieren zu können. Schulautonomie bedeutet für uns die freie Wahl der pädagogischen Modelle, der Lehr- und Lernmethoden, der (über Mindeststandards hinausreichenden) Lehrinhalte und der Mitarbeiter_innen. Diese sollen ein Team mit vielfältigen Kompetenzen bilden, das sowohl Lehrer_innen als auch Expert_innen aus anderen pädagogischen Bereichen wie Psychologie, Sport, Kultur und Wirtschaft einbindet.

- Landesschulgemeinschaftsausschuss: Den überparteilichen Schulpartnern Lehrer_innen, Eltern und Schüler_innen muss auf Landesebene mehr Mitspracherecht in Bildungsfragen gegeben werden. Dafür wird ein Landesschulgemeinschaftsausschusses (L-SGA) eingerichtet. Dieser soll bis zur Umsetzung der Schulautonomie durch den Bund die Kompetenzen des Kollegiums, unter anderem die Direktor_innenbestellung, übernehmen. Dieser Ausschuss arbeitet nach Vorbild des Schulgemeinschaftsausschusses an den Schulen.
- Die Wahl des Kindergartens und der Schule muss auch im Pflichtschulalter im Ermessen der Eltern bzw. der Schüler_innen liegen und hat sprengelunabhängig zu sein. Die Wohnsitzgemeinde hat auch im Falle des Besuchs einer wohnortfremden Pflichtschule die Kosten für den Schulplatz des in ihrer Gemeinde wohnenden Kindes zu tragen.

Qualität der Bildung: Viele Augen sehen mehr als zwei

- Die Qualität des Lehrens und Lernens soll systematisch sichtbar gemacht und gefördert werden. Wie sie es von ihren Schüler_innen erwartet, soll auch die Schule selbst laufend dazulernen. Entscheidend dafür ist eine gute Beziehungs-, Kommunikations- und Feedback-Kultur innerhalb aller und zwischen allen Gruppen der Schulgemeinschaft. Die Qualität der Schule wird regelmäßig durch Lehrer_innen, Schüler_innen, Eltern, Absolvent_innen, Hochschulen und Arbeitgeber_innen evaluiert. Die Ergebnisse werden anonymisiert veröffentlicht, eine Qualitätssicherungsagentur vernetzt die Schulen und hilft bei Verbesserungsschritten.
- Lehrer_innen und Kindergartenpädagog_innen haben das Recht auf ein Mitarbeiter_innengespräch und Zielvereinbarungen mit ihren Vorgesetzten, in dem die Weiterbildungsschwerpunkte individuell und aktuell festgelegt werden.

- Bei der Aufnahme an die Pädagogische Hochschule soll auch die Sozialkompetenz der Bewerber_innen berücksichtigt werden. Quereinsteiger_innen müssen unter Berücksichtigung ihrer bisherigen Ausbildungen und Berufserfahrung die Möglichkeit haben, berufsbegeleitend und ggf. in angemessen kürzerer Zeit für den Lehrer_innenberuf ausgebildet zu werden.

Talente in den Mittelpunkt

- In den Schulen stehen die Talente der Schüler_innen im Vordergrund, Kinder werden von Lehrer_innen gefördert und gefordert, die Ermöglichung des Erfolges steht an erster Stelle. Die Mittlere Reife zum Abschluss der Schulpflicht bildet mit Mindeststandards in den Schularbeitsfächern den gemeinsamen Rahmen.
- Anstelle der verfrühten Zweiteilung in AHS und HS/NMS wollen wir eine Vielfalt an autonomen Mittelschulen, Hauptschulen, Gymnasien – oder auch neunjährigen Grundschulen – die auf individuellen Wegen zum gemeinsamen Ziel, der Mittleren Reife, führen.
- Ganztagschulen (mit verschränktem Unterrichts-, Lern- und Freizeitangebot) sind ein wichtiges Instrument für Integration und Talentförderung. In dieser Schulform können sprachliche und lernpsychologische Nachteile bzw. besondere Begabungen durch eine anregende Freizeitgestaltung und gezielte Lernförderung ausgeglichen bzw. gefördert werden. Derartige Angebote sind möglichst rasch landesweit umzusetzen.

Die Finanzierung: Freie Schulwahl ohne Schulgeld

- Alle Kinder haben das gleiche Recht auf eine gute Schulbildung. Derzeit herrscht im Schulwesen eine Drei-Klassen-Gesellschaft: In öffentlichen Schulen finanziert der Staat den vollen Betrieb, in konfessionellen Schulen das Personal und in freien Schulen mit Öffentlichkeitsrecht nur wenig oder gar nichts. Wir wollen, dass die Finanzierung von der Institution losgelöst und ans Kind gekoppelt wird: Für jeden schulgeldfreien Platz, den eine Schule zur Verfügung stellt, erhält sie einen fixen Betrag vom Staat. Für Kinder aus bildungsfernen Schichten und mit nicht-deutscher Muttersprache erhält die Schule einen finanziellen Bonus, um die soziale Vielfalt in den Schulen zu sichern und größeren Herausforderungen gerecht zu

werden. Einen erhöhten Betrag erhalten auch Kleinschulen am Land. Ihre Finanzierung und Rahmenbedingungen sollen Schulen von einer einzigen Stelle erhalten: Schluss mit dem Kompetenzgerangel zwischen Bund, Ländern und Gemeinden!

Integration durch Bildung: Die Muttersprache als Startrampe statt Startnachteil

- Menschen aus unterschiedlichen Kulturen in unsere Gesellschaft und Wirtschaft zu integrieren, ist eine der wichtigsten Herausforderungen, vor denen wir heute stehen. Bildung kann einen entscheidenden Beitrag dazu leisten. Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache sollen nicht mit einem Startnachteil ins Schulwesen eintreten, sondern eine tragfähige Startrampe vorfinden. Der Schlüssel dazu ist sprachliche Frühförderung in der Muttersprache und auf Deutsch. Wer in der eigenen Muttersprache lesen und schreiben gelernt hat, lernt schneller und besser Deutsch und hat größere Chancen für die weitere Bildungs- und Berufslaufbahn. Mehrsprachige Angebote in Kindergärten und Volksschulen sowie individuelle Beratung und Förderung sind, wo möglich und notwendig, gezielt umzusetzen.

Die Lehre: Faire Weiterbildung und Umstiegsmöglichkeiten

- Die duale Lehrlingsausbildung in Betrieb und Berufsschule ist ein österreichisches Vorzeigemodell, das vielen jungen Menschen einen erfolgreichen Einstieg ins Berufsleben ermöglicht. Weiter aufwerten wollen wir die Lehre durch flexible Anschlussmöglichkeiten. Die Entscheidung für einen Beruf erfolgt oft schon mit 15 Jahren, die Lehre darf keine Sackgasse darstellen. Wir wollen gute Umschulungsmöglichkeiten in andere Berufe und neue Berufsakademien, die die teuren Meisterkurse ersetzen. Höhere Bildung soll hier mit der gleichen staatlichen Studienplatz-Finanzierung ermöglicht werden wie an Universitäten, ebenfalls ergänzt um nachgelagerte Studiengebühren, die erst ab einem gewissen Einkommen zurückzuzahlen sind. Wir stehen für Gleichberechtigung für berufliche und wissenschaftliche Höherbildung.

Die Hochschulen: Studienplätze mit Qualität

- Der Hebel zu mehr Qualität und Effizienz an den Hochschulen ist ein ergebnisorientiertes Finanzierungssystem. Die staatlichen Mittel sollen nicht pauschal, sondern leistungsbezogen zugeteilt werden. Gelder für die Forschung werden zu Vollkosten auf Projektbasis vergeben. Nachgelagerte Studiengebühren ergänzen die staatliche Finanzierung. Der Fachhochschulsektor wird ausgebaut, ebenfalls mit Qualität vor Quantität.

Lebenslanges Lernen: Bildungsbeteiligung erhöhen, Förderungen zusammenführen

- Bildung stärkt das Potenzial in jedem Menschen, mit Verstand und Tatkraft sein eigenes Leben zu gestalten und das Leben anderer Menschen zu bereichern. Sie beginnt und endet nicht mit dem Schulbesuch, sondern begleitet uns durch alle Lebensphasen. Die berufsbezogene Erwachsenenbildung liegt in der gemeinsamen Verantwortung von Individuum, Gesellschaft und Unternehmen. Wir wollen das nach dem Bausparprinzip funktionierende Bildungssparen zu einem Bildungskonto-Modell weiterentwickeln. Es soll kürzere Ansparzeiten ermöglichen und alle Förderungen von Bund, Ländern und Sozialpartnern auf einem Förderungskonto zusammenführen, das der bildungswilligen Person eine eigenverantwortliche Auswahl der richtigen Bildungsmaßnahme ermöglicht.

WIRTSCHAFT UND STANDORT

SO SIEHT'S HEUTE AUS

Der traditionell florierende Wirtschaftsstandort Vorarlberg verliert zunehmend an Attraktivität. Die Abgabenquote ist besonders im Verhältnis zu den Nachbarländern (Schweiz, Liechtenstein und Deutschland) hoch. Dadurch sind die Unternehmen bei den Lohnstückkosten, an denen sich die Wettbewerbsfähigkeit messen lässt, benachteiligt.

Der intensive Wettbewerb um die Fachkräfte in der Bodenseeregion schränkt das Wachstum der Wirtschaft in Vorarlberg ein. Zudem bestehen für Nicht-EU-Bürger_innen unnötige bürokratische Hürden (Bsp. Rot-Weiß-Rot-Karte). Unser Bildungssystem verliert im internationalen Vergleich an Qualität.

Die Steuern sind so hoch, dass Leistung sich nicht mehr auszahlt. Das Steuersystem ist schwer durchschaubar und ungerecht. Die mittleren Einkommen sind durch die Einkommenssteuer und die Sozialversicherungsbeiträge übermäßig belastet.

In vielen Bereichen behindern Reglementierungen und staatlicher Einfluss Wettbewerb, Wachstum und Innovation. Die Bürokratie hemmt unternehmerische Tätigkeiten – Ideen können schwer verwirklicht werden. Mitverantwortlich dafür ist ein starres und nicht mehr zeitgemäßes Gewerberecht, das einschränkt und hemmt anstatt unternehmerische Tätigkeit und Kreativität zu fördern.

Der Tourismus als wesentlicher Wirtschaftsbereich verschenkt nachhaltig Entwicklungschancen. Die unzureichende Zusammenarbeit der Vorarlberger Tourismusregionen mit dem Bodenseeraum schwächt die Attraktivität des heimischen Tourismus im nationalen und internationalen Vergleich.

DA WOLLEN WIR HIN

Die Wirtschaft ist für die Menschen da – und nicht umgekehrt. Eine ökologische und soziale Marktwirtschaft sorgt für nachhaltigen und breiten Wohlstand. Dieser definiert sich über ausreichend vorhandene Beschäftigung, menschenwürdige Lebensbedingungen und Chancengerechtigkeit für die Entfaltung von Potenzialen. Wachstum wird nicht mehr rein quantitativ gesehen. Die Menschen haben wieder Vertrauen in die Fiskal- und Wirtschaftspolitik. Es herrscht Gestaltungsfreude statt Zukunftsangst.

Die Realwirtschaft hat gegenüber der Finanzwirtschaft wieder an Gewicht gewonnen. Der Finanzsektor wurde unter EU-weiter und globaler Abstimmung transparent geordnet. Eine EU-weit koordinierte Wirtschafts- und Fiskalpolitik bietet den Rahmen für eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung in allen Regionen.

Vorarlberg ist ein attraktiver Wirtschaftsstandort, der sich durch eine sinkende Abgabenquote und klare, verlässliche Rahmenbedingungen auszeichnet. Die Menschen haben mehr Geld zur Verfügung, weil sie weniger Steuern zahlen müssen. Ausländische Arbeitskräfte bekommen gemäß den Erfordernissen des Arbeitsmarktes rasch eine Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung. Unsere Bildungseinrichtungen sind im internationalen Vergleich attraktiv und wettbewerbsfähig. Das Steuersystem ist einfach, verständlich und verlässlich.

Vorarlbergs Verwaltung ist bekannt für ihre unbürokratische Lösungsorientierung. Unternehmerische Initiativen blühen auf. Wir sind ein guter Standort für technologiebasierte Industrieproduktion ebenso wie für Gewerbe, Handwerk und den weiterhin wachsenden Dienstleistungssektor. Vorarlberg ist ein international anerkannter Forschungs- und Innovationsstandort. Durch die Abschaffung von Markteintrittsbarrieren sind völlig neue Unternehmen und Branchen entstanden.

Der Tourismus in Vorarlberg profitiert durch eine enge grenzüberschreitende Zusammenarbeit, verstärkt durch die Kooperation mit den umliegenden Regionen (Tirol, Süddeutschland, Ostschweiz und Liechtenstein). Nachhaltig hohe Qualität und gelebte Gastfreundschaft machen Vorarlberg als Herz des Bodenseeraums zu einer international anerkannten Marke.

Vorarlberg ist insgesamt eine vitale, gesunde und wettbewerbsfähige

Region mit starkem Fokus auf Regionalität und Nachhaltigkeit.

SO KÖNNEN WIR DAS ERREICHEN

Uns ist bewusst, dass viele unserer Anregungen vor allem auf Bundesebene umzusetzen sind. Umso wichtiger ist es, von Vorarlberg aus den Druck zu erhöhen und eine Vordenker- und Vorreiterrolle zu übernehmen.

Steuern und Abgaben

Steuern und Abgaben sollen als gerecht empfunden werden, um einerseits Leistungsanreize zu setzen, andererseits Abgabenhinterziehung zu stoppen. Sie sollen einfach und transparent sein, sodass der Verwaltungsaufwand für alle Seiten möglichst gering ist und die Bürger_innen sehen, was ihnen wofür abgezogen wird.

Einfach

- Reduktion der bestehenden sieben Einkunftsarten auf drei: Einkünfte aus selbstständiger, unselbstständiger und sonstiger Tätigkeit
- Reduktion der Steuerarten
- Einheitliche Berechnungsbasis für alle lohnbezogenen Abgaben, mit Höchstsatz für jede Abgabe

Transparent

- „Lohnnebenkosten“ reduzieren (analog dem Steuermodell der Industriellenvereinigung – FAIRSteuern)
- Dienstgeber- und Dienstnehmerbetrag zusammenlegen
- Alle Abzüge vom Bruttolohn direkt am Kontoauszug detailliert darstellen

Fair

- Drei Steuertarife wie bisher, aber Eingangssteuersatz senken und Schwelle für den Höchststeuersatz anheben
- Privilegien und Sonderregelungen durch die umfassende Bereinigung von Ausnahmen abschaffen

- Schwellenwerte der Bemessungsgrundlage des Lohnsteuertarifs indexieren (Entschärfung der „kalten Progression“)
- Mindestkörperschaftssteuer abschaffen
- Gesellschaftssteuer abschaffen
- Gebühren auf Rechtsgeschäfte abschaffen
- Streichung der Lohnnebenkosten für unselbständige GmbH-Geschäftsführer_innen
- Entfall der Investitionspflicht für den Gewinnfreibetrag
- Steuerfreibetrag für Mitarbeiterbeteiligung auf 3.000 Euro p.a. erhöhen
- Wertgrenze bei Kleinbeitragsrechnungen auf 1.000 Euro anheben
- Besteuerung von Erträgen, nicht von Substanz

Clusterland Vorarlberg – Das Land der Gründer

- Vorarlberg soll als Vorreiter für Start-Ups und Unternehmensneugründungen den Weg für eine moderne und nachhaltige Wirtschaft vorzeichnen. Innovationsstarke, forschungsintensive Industrien am Puls der Zeit. Der Bodenseeraum und die Rheintalregion als fruchtbarer Boden für Hochtechnologie. Vorarlberg soll zum attraktivsten Arbeits- und Lebensort für talentierte gut ausgebildete Fachkräfte in ganz Europa werden.

Regionale Wirtschaft stärken

- Infrastruktur verbessern zur Stärkung der grenzüberschreitenden Mobilität
- Aktive Ansiedlungspolitik von neuen Industrien und Zulieferbetrieben sowie Unterstützung von interbetrieblicher Zusammenarbeit
- Zusammenarbeit mit Höheren technischen Schulen und Fachhochschulen in der Region intensivieren
- Schaffung von überbetrieblichen Forschungseinrichtungen
- Gezielte Talent-Programme, um junge Wissenschaftler_innen und deren Innovationen durch Neugründungen (Spin-Offs) in die Wirtschaft zu überführen

- Digitale Infrastruktur forcieren (u.a. Breitbandausbau)
- Grenzgänger_innen unterstützen: Doppelbesteuerungsabkommen verlängern, Schlechterstellung beseitigen
- Ausländische Fachkräfte anziehen (Rot-weiß-Rot-Karte entbürokratisieren und vereinfachen, ausländische Qualifikationen schneller anerkennen)

Start-Ups und EPUs gezielt fördern

- Steuererleichterungen für private Investoren („Business Angels“)
- Alternative Gesellschaftsformen für moderne Unternehmen mit neuen Bedürfnissen ermöglichen
- Gesetzliche Voraussetzungen für neue Finanzierungsmodelle schaffen (Crowd-Investing)
- Weniger Bürokratie beim Gründungsprozess
- Keine Lohnnebenkosten für den/die erste(n) Mitarbeiter_in
- Möglichkeit zur steuerlichen Abschreibung von Verlusten aus Start-Up-Beteiligungen

Mehr Freiheit

- Unternehmertum und Selbstständigkeit unterstützen – dadurch entstehen sowohl Arbeitsplätze als auch finanzielle und kreative Beiträge in der Gesellschaft.
- Arbeitszeitflexibilisierung: Die Arbeitswelt wird ständig dynamischer. Die Vereinbarkeit von beruflichen und privaten Pflichten wird für Arbeitnehmer_innen wesentlich verbessert, wenn Arbeitszeiten flexibel gestaltet werden können. In einem gesunden Maß des Gebens und Nehmens zwischen Arbeitgeber_innen und Arbeitnehmer_innen treten wir dafür ein, Möglichkeiten der Arbeitszeitflexibilisierung weiter auszudehnen.
- Ladenöffnungszeiten: Wir halten die Ladenschluss-Bestimmungen für überholt. Menschen möchten selbst entscheiden, wann und wo sie einkaufen. Die Erfahrungen mit der Ladenöffnung am 8. Dezember zeigen uns, dass unter Berücksichtigung der Interessen von Ar-

beitnehmer_innen und Arbeitgeber_innen flexiblere Bestimmungen erfolgreich möglich sind.

- Gewerberecht durchforsten: Weniger reglementierte Gewerbe, „freie“ Gewerbe sollen wirklich frei sein.
- Wir brauchen keine Zwangsmitgliedschaften (Arbeiterkammer, Wirtschaftskammer, etc.). Eine gute Interessensvertretung findet freiwillige Mitglieder.

Bürokratischen Hürden reduzieren

- durch eine umfassende Verwaltungsreform,
- durch die Entschlackung des Gewerberechts,
- durch eine Vereinfachung der Lohnverrechnung sowie
- durch die „Rodung des Sozialversicherungsdschungels“ (Zusammenlegung von Sozialversicherungsträgern).

Ausbildung

- Steigerung der Attraktivität von Lehrberufen (inkl. Imagepflege) zur Behebung des Fachkräftemangels.

Unternehmensgründung

- Unternehmensgründungen sind weiter zu vereinfachen – eine einzige funktionierende Anlaufstelle für alle behördlichen Genehmigungen und Förderungen (One-Stop-Shop: Gewerbeberechtigungen, Steuernummer, Sozialversicherung, MVK, Firmenbucheintragung, Gründerförderung).
- Gründungsgebühren streichen (bzw. geringerer Einheitssatz).
- Abschaffung der Veröffentlichungspflicht in Printmedien (Wiener Zeitung) – eine Online-Veröffentlichung genügt.
- Eine gemeinsame Förderstelle – Bundes-, Landes- und Gemeindeförderungen zur Gründerförderung werden zusammengefasst.
- Privat gehaltene Beteiligungen an Unternehmen (Verlustbeteiligungsmodelle) sind steuerlich absetzbar.

Tourismusentwicklung

- Die aktuelle Struktur und Koordination des Tourismusmanagements in Vorarlberg ist zu analysieren, zu bewerten und entsprechend neuer Zielsetzungen zu überarbeiten. Es wird eine Plattform für den Austausch in der Region geschaffen und etabliert. Ein Destinationsmanagement (Verfestigung der Position als Sommer- und Winterregion) mit Steuerung der touristischen Entwicklung als Gesamtregion, aber auch der einzelnen Regionen, wird eingeführt.

TTIP

- Wir fordern, dass alle Verhandlungsdokumente zu den Verhandlungen zur Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (THIP = TTIP) öffentlich zugänglich gemacht werden. Falls das nicht geschieht, sind die Verhandlungen sofort zu unterbrechen. Handelspolitik muss demokratisch und transparent stattfinden. Landwirtschaftliche Produkte sind vom Abkommen auszunehmen.

LAND-, FORST- UND JAGDWIRTSCHAFT

SO SIEHT'S HEUTE AUS

Die Nachfrage nach regional erzeugten landwirtschaftlichen Produkten ist erfreulich hoch – und wird weiter steigen. Die Vorarlberger Landwirtschaft ist jedoch in vielen Produktbereichen derzeit nicht in der Lage, den hohen Bedarf zu decken. Die Ursache dafür liegt in einer Landwirtschaftspolitik, die einseitig auf die Milchwirtschaft fokussiert. Deswegen überdeckt die Vorarlberger Landwirtschaft zwar den lokalen Bedarf an Milch und Käse um ein Vielfaches – Marktfrüchte, Getreide, Eier und Fleisch hingegen können nicht im erforderlichen Ausmaß zur Verfügung gestellt werden.

Eine vor allem auf Milchwirtschaft ausgerichtete Landwirtschaft ist nicht nur unter dem Gesichtspunkt mangelnder Versorgungssicherheit bedenklich, sondern bringt auch ökologische und ethische Probleme mit sich, die nicht unserem Bekenntnis zur Nachhaltigkeit entsprechen.

Die von Zuchtverbänden empfohlenen Milchviehrassen sind weder dem Gelände, noch den örtlichen Futtergrundlagen angepasst. Sie benötigen einen außerordentlich hohen Einsatz an Kraftfutter, dessen Bestandteile aus dem Ausland importiert werden müssen.

Die Landwirtschaft ist nicht mehr bodengebunden. Ökologisch problematisch ist auch die Tatsache, dass in der Landwirtschaft zum Teil Maschinen eingesetzt werden, die aufgrund ihres Gewichts den Boden in einem schädigenden Ausmaß verdichten.

Hinzu kommt eine Förder- und Beratungspolitik, die den Bauern blind macht für Naturgesetze. Der gesunde Hausverstand und die Lebenserfahrung mussten den Förderrichtlinien weichen. Durch fehlgeleitete Investitionsanreize entstehen Abhängigkeitsverhältnisse, die unserem Bekenntnis zu Freiheit und Eigenverantwortung widersprechen.

Die Vorarlberger Bauern und Bäuerinnen können von ihrer Arbeit nicht

leben und sind auf Förderungen angewiesen, die inzwischen bis zu 70 Prozent der Einnahmen ausmachen. Das niedrige Einkommen macht meist verschiedene Zu- und Nebenverdienste notwendig.

Das Bewusstsein für den Wert regionaler Produkte ist zwar in den letzten Jahren gestiegen. Es ist aber immer noch schwierig, angemessene Preise für qualitativ hochwertige Produkte aus nachhaltiger Produktion zu erzielen. Das liegt nicht zuletzt an der Verunsicherung der Verbraucher_innen, die die Qualität landwirtschaftlicher Produkte nur schwer nachvollziehen können und deren Vertrauen immer wieder durch Skandale erschüttert wurde. Zu viele verschiedene Gütesiegel verstärken die Verunsicherung.

Die Vorarlberger Landwirtschaftspolitik erweist sich weitgehend als Klientelpolitik, was letztlich dem Ansehen der Bauern und Bäuerinnen schadet und die Unzufriedenheit auch innerhalb der Bauernschaft wachsen lässt.

Die Landwirtschaft steht – aufgrund von Grund- und Bodenknappheit, die durch Bodenspekulationen weiter verstärkt wird – mehr denn je im Verdrängungswettkampf um die besten und ertragreichsten Flächen im Land.

DA WOLLEN WIR HIN

Vorarlberg ist in punkto nachhaltiger Landwirtschaft ein anerkanntes Musterland, in dem hohe Qualitätsstandards flächendeckend umgesetzt und eingehalten werden. Ein transparentes und einfaches Vorarlberger Gütesiegelsystem, das die Einhaltung dieser Qualitätsstandards verbrieft, ermöglicht es den Verbraucher_innen, sich bewusst für regionale Lebensmittel zu entscheiden. Weil sie sich auf das Gütesiegel verlassen können, sind die Verbraucher_innen bereit, für qualitativ hochwertige, regionale Lebensmittel einen gerechten Preis zu bezahlen.

Die Landwirtschaft ist wieder bodengebunden. Eine auf standortangepasste Mehrnutzungsrassen umgestellte Viehzucht und der Anbau von Obst, Gemüse und Getreide stellen einen hohen Versorgungsgrad mit regionalen Lebensmitteln sicher. Es herrscht Vielfalt und Breite in der landwirtschaftlichen Produktion. Regionale Arten und Sorten werden geschätzt.

Auch innerhalb der nichtbäuerlichen Bevölkerung gibt es Initiativen, die

der Bewusstseinsbildung dienen und die schließlich zu mehr Eigenversorgung führen, wie z.B. Schulgärten.

Weil die bäuerliche Leistung und die hohe Qualität der Produkte entsprechend honoriert werden, kann die Landwirtschaft wieder überwiegend im Haupterwerb ausgeübt werden. Der Beruf des Bauern bzw. der Bäuerin hat wieder an Attraktivität gewonnen und verspricht finanzielles Auskommen bei guter Lebensqualität.

SO KÖNNEN WIR DAS ERREICHEN

Breite und Vielfalt in der Landwirtschaft

- Größere Versorgungssicherheit durch mehr Vielfalt und Breite in der landwirtschaftlichen Produktion. Dadurch wird der Versorgungsgrad mit regionalen Lebensmitteln gesteigert.
- Erhaltung einer nachhaltig bewirtschafteten Kulturlandschaft in allen Landesteilen, die eine entsprechende Arten- und Naturvielfalt sowie hochwertigen Lebensraum für die lokale Bevölkerung und den Tourismus bieten kann.

Qualität und Gütesiegel

- Etablierung einer einfachen, für Verbraucher_innen leicht nachvollziehbaren Qualitätskennzeichnung durch Einführung eines Vorarlberger Gütesiegelsystems.
- Qualitätsstandards werden flächendeckend umgesetzt und überprüft. Klare Trennung zwischen Marketing für bäuerliche Produkte und der Festlegung, Einhaltung und Überprüfung der Qualitätsstandards.

Förderungen

- Fokussierung des Fördersystems auf eine ökologische Landbewirtschaftung mit artgerechter, standortangepasster Tierhaltung sowie ökologischem, gentechnikfreiem Kulturpflanzenbau.

Verwaltung und Organisation

- Entkoppelung von Landwirtschaft, Umweltschutz und Tierschutz im verwaltungsbehördlichen Vollzug, insbesondere in der Ressortaufteilung der Landesregierung

Forst- und Jagdwirtschaft

- Die forstliche Nutzung der Vorarlberger Wälder ist auf Nachhaltigkeit ausgerichtet und erfolgt gleichermaßen nach wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Gesichtspunkten.
- Der Schalenwildbestand wird an einen für die natürliche Verjüngung des (Schutz-) Waldes optimalen Bestand angepasst. Die Bewirtschaftung und Fütterung erfolgt nach ökologischen Grundsätzen.

VERKEHR

SO SIEHT'S HEUTE AUS

Vorarlberg gilt im Bundesländervergleich als Musterland im umweltfreundlichen Verkehr und in der Nutzung des Fahrrades. Dennoch werden mehr als die Hälfte aller Wege mit dem PKW zurückgelegt. Die Bevölkerung vieler Gemeinden leidet seit Jahrzehnten an Verkehrsüberlastung und endlosen Diskussionen über mögliche Lösungen.

Seit über 40 Jahren sind die beiden Autobahnen im Rheintal (A und CH) nicht miteinander verbunden – ein gravierendes Versäumnis der Politik, das zusätzliche Belastungen für die Bevölkerung verursacht.

Das Rheintal präsentiert sich als ein zusammenhängender Siedlungsraum, dessen weitere Entwicklung sehr stark von der Anbindung an europäische Hochleistungsstrecken im Personen- und Güterverkehr sowie vor allem auch von der grenzüberschreitenden Mobilität in der Bodenseeregion bestimmt ist. Daneben sind auch innerhalb Vorarlbergs raumplanerische Lösungen und Maßnahmen notwendig, die gemeindeübergreifend konzipiert und umgesetzt werden müssen.

DA WOLLEN WIR HIN

Öffentliche Verkehrsmittel sind aufgrund neuer Kostenstrukturen konkurrenzfähig, brauchen weniger Subventionen und stellen vermehrt eine brauchbare Alternative zum Auto dar. Durch modulare Mobilität können die Vorteile der verschiedenen Verkehrsmittel optimal miteinander kombiniert werden. Die Infrastruktur wandelt sich zu einer auto-unabhängigeren (Nahversorgung vor Ort) und steigert dadurch die Lebensqualität nachhaltig. Weniger Menschen leiden unter den Folgen unserer Verkehrssysteme, deren Betrieb ist ökologischer geworden und nachhaltige Mobilität ist keine Illusion mehr.

Die Belastung der Bevölkerung wurde deutlich reduziert. Die Landespolitik nimmt ihre Verantwortung wahr und löst jahr(zehnt)elang bekannte Verkehrsprobleme nachhaltig.

SO KÖNNEN WIR DAS ERREICHEN

Überregionales Gesamtverkehrskonzept

- Wir fordern ein klares überregionales Gesamtverkehrskonzept für Straße und Bahn unter Berücksichtigung der notwendigen Anbindung an die Verkehrsnetze der Nachbarstaaten (CH, FL, D). Wesentliche Inhalte des Konzepts müssen sein:
- Zeitnahe Straßenverkehrslösungen für den grenzüberschreitenden Verkehr Richtung FL und CH.
- Ausbau der Bahninfrastruktur für leistungsstarke Zubringer von / zu den internationalen Bahnnetzen für den Personen- und Güterverkehr.
- Bedarfsorientierter Einsatz von Expressverbindungen für Berufspendelverkehr und Tourismus.
- Förderung von innerbetrieblichen und kommunalen Fahrgemeinschaften. Überprüfung von Ideen für privates Carsharing wie z.B. Benützung der Busspuren für Carsharing-Cars und limitiertes Gratisparken.
- Weitere Steigerung der Attraktivität der öffentlichen Verkehrsmittel, wobei auf Innovation gesetzt werden sollte; Forcierung innovativer öffentlicher Verkehrsmittel (Lernen von den Besten weltweit in den Bereichen Schiene, Seilbahnen, etc.).

Raumplanung

- Umwidmungsverfahren sind öffentlich zu führen und transparent zu machen.

Radverkehr

- Ausbau der fahrradfreundlichen Infrastruktur (Radwege, überdachte Abstellanlagen, Fahrradmitnahme in öffentlichen Verkehrsmitteln)
- Bevorzugung und Anerkennung von Radfahrer_innen (z.B. vorgelagerter Haltestreifen bei Kreuzungen)
- Sicherheit für Radfahrer_innen erhöhen (Einfärben von Fahrradstreifen, weitgehende Trennung vom KFZ-Verkehr)

- Forcierung von öffentlichen Ladestationen für E-Bikes
- Schnelle und nachdrückliche Umsetzung der Radverkehrsstrategie

FAMILIE

SO SIEHT'S HEUTE AUS

Familie bedeutet die Übernahme von Verantwortung.

Familien leisten einen wertvollen Beitrag in der Gesellschaft. Die mit einer Familiengründung verbundenen Herausforderungen verbleiben aber weitgehend bei den Familiengründer_innen.

Die derzeitige Familienpolitik in Österreich verfolgt eine Vielzahl an Zielen, die zum Teil in Widerspruch zueinander stehen. Zum einen gibt es demografische Ziele, z.B. dass Frauen (mehr) Kinder bekommen. Damit einhergehend geht es um sozialpolitische Ziele wie den Familienlastenausgleich – eine finanzielle Umverteilung von kinderlosen zu kinderreichen Familien. Zudem gibt es weitere Ziele, wie etwa die Gleichstellung von Mann und Frau, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder auch ökonomische Ziele.

Gleichzeitig ist die Familienpolitik immer noch ideologische Spielwiese. Die (früheren) Großparteien liefern sich Grabenkämpfe um die sogenannte „Kernfamilie“ als beschützens- und unterstützenswerte Keimzelle der Gesellschaft gegenüber einer wachsenden Vielzahl an anderen Familienformen wie Alleinerzieher_innen, Patchwork- und Regenbogenfamilien.

Da wollen wir hin

Familienförderung ist einfach, effizient, treffsicher und transparent. Die Geburtenrate ist deutlich gestiegen, mehr Menschen verwirklichen ihren Kinderwunsch. Die Gesellschaft ist kinderfreundlicher geworden, Eltern und Kinder verbringen mehr wertvolle Zeit miteinander, Mütter und Väter übernehmen Verantwortung in der Kinderbetreuung und -erziehung. Väterkarenz ist zur Selbstverständlichkeit geworden, wodurch Mütter deutlich entlastet sind und die Akzeptanz für Auszeiten in der Wirtschaft gestiegen ist. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird gelebt und nicht mehr als permanente Überforderung erlebt.

Durch faire und treffsichere Transfers sowie ein flächendeckendes Netz an qualitativ hochwertigen Kinderbetreuungsplätzen mit Öffnungszeiten, die an die Lebens- und Arbeitsrealitäten arbeitender Eltern angepasst sind, können speziell auch Alleinerzieher_innen einer Beschäftigung nachgehen. Dadurch sind weniger Kinder von Armut gefährdet.

Familie ist bunt. Kern der Familie ist die wechselseitige Verantwortung einer Generation gegenüber einer anderen. Diskriminierungen anderer Familienformen als der klassischen Kernfamilie sind abgebaut.

Durch einen massiven Ausbau der Kinderbetreuung sowie eine deutliche Qualitätssteigerung gibt es eine echte Wahlfreiheit.

SO KÖNNEN WIR DAS ERREICHEN

Transferleistungen

- Alle familienbezogenen geldwerten Leistungen (Familienbeihilfe, Kinderabsetzbetrag, Mehrkinderzuschlag und Alleinerzieherabsetzbetrag) werden zu neuen Familienleistung zusammengefasst (Familienbeihilfe „neu“ analog Vorschlag der IV und der AK).

Optimale Betreuung und Förderung aller Kinder

- Kindergärten, Krippen, Kindergruppen und die Einrichtungen der Tagesmütter sind wichtige Bildungsstätten. Die Frühpädagogik schafft die außerfamiliäre Grundlage dafür, allen Kindern gute Entwicklungschancen zu eröffnen. Hier sind Investitionen ins Bildungswesen am dringendsten nötig und entfalten die größte Wirkung.
- Wir wollen einen Qualitätssprung mit einem besseren Betreuungsverhältnis für die Kinder und mehr Ganztagsangeboten. Dafür ist es notwendig, mehr Personal einzustellen sowie die Ausbildung und Bezahlung der Kinderbetreuungsberufe aufzuwerten. Zur Unterstützung der Familien ist eine qualitätsvolle Kinderbetreuung zielführender als reine Geldleistungen wie Steuerfrei- und Absetzbeträge.
- Wir wollen echte Wahlfreiheit: Das setzt auch einen Rechtsanspruch auf einen leistbaren Betreuungsplatz für Kinder ab dem ersten Geburtstag voraus. Dadurch schaffen wir faire Rahmenbedingungen für Eltern, die diese Form der Betreuung brauchen. Gleichzeitig

fordern wir möglichst optimale Absicherung (siehe Pensionssplitting) für all jene, die zu Hause Familienarbeit leisten.

- Wir fordern mehr Autonomie für Kindergärten sowie eine Umstellung von Objekt- auf Subjektfinanzierung.
- Kinderbetreuung sowie Lern- und Nachmittagsbetreuung darf nicht an einer Mindestgruppengröße scheitern. Um einen sinnvollen Betrieb zu gewährleisten werden auch über Gemeindegrenzen hinweg Gruppen flexibel zusammengelegt (auch für die Sommermonate).

Pensionssplitting

- Menschen in einer Partnerschaft, die aufgrund von Kindererziehung keiner pensionsbeitragspflichtigen Tätigkeit nachgehen, erhalten einen Teil der Pensionskontogutschrift des jeweils anderen Partners gesetzlich gesichert auf ihr eigenes Pensionskonto gutgeschrieben.

Gleichstellung

- Wir fordern und fördern Akzeptanz und Wertschätzung für Solidargemeinschaften, in denen Menschen Verantwortung füreinander übernehmen.
- Unterstützung von Alleinerzieher_innen; Durchsetzung von Unterhaltszahlungen zum Schutz der Kinder, Beschleunigung von Verfahren, etc.

SOZIALES

SO SIEHT'S HEUTE AUS

Wir sehen eine Polarisierung zwischen „es steht mir zu“ und „der andere hat es nicht verdient“. Einerseits wird die fortschreitende „Entsolidarisierung“ und „soziale Kälte“ beklagt. Die Menschen fühlen sich zunehmend ungerecht behandelt und fürchten, in schwierigen Situationen wie Krankheit, Alter oder Armut von der Gesellschaft und dem Staat im Stich gelassen zu werden. Andererseits prägt zunehmend der Vorwurf, dass zu wenig Treffsicherheit gegeben sei und Sozialleistungen missbraucht würden, unser Gesellschaftsbild.

Der Zugang zu Sozialleistungen ist intransparent und mit bürokratischen Hürden verbunden.

In einer tendenziell älter werdenden Bevölkerung mit sinkendem Erwerbstätigen-Anteil stellt die Finanzierung der sozialen Leistungen (z.B. Pensionen, Pflege und Betreuung) eine große Herausforderung dar.

Das gegenwärtige Pensionssystem ist in Anbetracht der absehbaren demographischen Entwicklung nicht zukunftstauglich und nachhaltig. Es müssen daher die Möglichkeiten und Systeme verbessert, ausgebaut und weiterentwickelt werden, die Österreichs Bürger_innen in die Lage versetzen, zusätzlich privat für ihr Alter substantiell Vorsorge zu treffen.

Durch die steigende Lebenserwartung und die Zunahme der pflegeintensiven Erkrankungen im Alter gilt es, eine qualitativ hochwertige Pflege und Betreuung auch zukünftig gewährleisten zu können.

DA WOLLEN WIR HIN

Das historisch gewachsene Nebeneinander von staatlichen Sozialleistungen ist in eine einheitliche monetäre Transferleistung zusammengeführt worden. Diese wird auf Antrag von einer einzigen Stelle ausbezahlt.

Die staatlichen Leistungen im Bereich Soziales, Gesundheit und Ren-

te sind nachhaltig finanziert, treffsicher, in ihrer Kostenentwicklung gedeckelt und genießen eine hohe Akzeptanz bei den Bürger_innen. Die Differenz zwischen faktischem und gesetzlichem Pensionsantrittsalter ist deutlich reduziert. Eine angemessene Pflege und Betreuung ist flächendeckend im stationären und ambulanten Bereich sowie in der Familie gesichert.

Menschen mit Pflegebedarf und deren Angehörige können mündig, unabhängig, frei und flexibel aus versorgenden Angeboten auswählen und werden dabei unterstützt, möglichst lange selbständig zu bleiben. Gleichzeitig wird verantwortungsbewusst mit Ressourcen umgegangen und ergebnisorientiert geplant und gearbeitet. Auf diese Weise können Versorgungsstrukturen langfristig erhalten werden.

Durch den verantwortungsvollen Umgang mit staatlichen Ressourcen haben auch junge Menschen Vertrauen in die Zukunftsfähigkeit des staatlichen Versorgungssystems und leisten selbstverständlich ihren Beitrag.

Die zunehmende Belastung der Jungen aufgrund des Generationenvertrages muss begrenzt bleiben und darf deren Anrecht auf eine selbstbestimmte Zukunft nicht beeinträchtigen.

SO KÖNNEN WIR DAS ERREICHEN

Transferleistungen

- Sämtliche Sozialhilfeleistungen werden im sogenannten Bürger_innengeld zusammengefasst. Im Sinne der Transparenz und Vereinfachung für die Bürger_innen und die Verwaltung gibt es nur eine einzige Antrags- und Auszahlungsstelle. Als ersten Schritt hin zur bundesweiten Umsetzung sollen alle Transferleistungen von Land und Gemeinde von einer Stelle im Land ausbezahlt werden.
- Leistungen ins und aus dem Gesundheitssystem werden für jeden Einzelnen transparent gemacht.

Pflege und Prävention

- 80 Prozent der Pflege- und Betreuungsbedürftigen wollen in häuslicher Umgebung gepflegt werden, daher müssen ambulante Pflegestrukturen in einem Nebeneinander von privaten und öffentlichen

Einrichtungen massiv ausgebaut werden. Hier muss das Motto „ambulant vor stationär“ gelten.

- Gesundheitsförderung und Prävention müssen deutlich ausgebaut werden (weg von Reparaturmedizin hin zur Vorsorge), inklusive positiver Anreize bei Erreichen von vereinbarten Gesundheitszielen.
- Wir wollen Pflegeberufe in Vorarlberg fördern, damit der Pflegeberuf bei jungen Arbeitssuchenden wieder attraktiver wird und ein Brain-Drain (Abwanderung von Fachkräften) vermieden werden kann.

Pensionen

- Die gesetzlichen Pensionen sind sowohl nach unten (Mindestpension) als auch nach oben (ASVG Höchstpension) begrenzt. Dazwischen orientiert sich die Pensionshöhe an der eigenen Lebensarbeitszeit und den gezahlten Beiträgen. Dies muss für alle Pensionen in gleichem Maße gelten.
- Die Möglichkeiten zur Privatvorsorge von derzeit 300 Euro pro Jahr vor Steuern und Sozialabgaben sind deutlich zu erhöhen. Wir fordern hier die Erhöhung auf einen Jahreshöchstbetrag bis 3.000 Euro.

GESUNDHEIT

SO SIEHT'S HEUTE AUS

Das Gesundheitssystem ist ein äußerst komplexes System mit zahlreichen Problembereichen, insbesondere der zunehmend schwereren Finanzierbarkeit. Die Menschen fürchten, in schwierigen Situationen wie Krankheit oder Alter von Gesellschaft und Staat im Stich gelassen zu werden. Probleme wie akuter Mangel an Ärztinnen und Ärzten, insbesondere im niedergelassenen Bereich, zunehmender Personalmangel auch im Pflegebereich sowie steigende Kosten durch immer bessere medizinische Leistungen bei gleichzeitig stetig steigender Lebenserwartung stellen besondere Herausforderungen dar.

Fehlende Transparenz der Kosten hat ein mangelndes Kostenbewusstsein bei allen Beteiligten zur Folge. Die strikte Trennung zwischen extramuralem (niedergelassenem) und intramuralem (Krankenhaus) Bereich führt zu Doppelgleisigkeiten, was nicht im Sinne der Patient_innen aber auch nicht im Sinne der Kostenträger sein kann. Das veraltete Kassentarifsystem im niedergelassenen Bereich wirkt sich negativ auf das Zusammenspiel zwischen Patient_innen und Ärzt_innen aus. Die Diskussion um die Zwei-Klassenmedizin wird derzeit nicht ehrlich geführt. Zudem hat die Reparaturmedizin noch immer einen höheren Stellenwert als die Vorsorgemedizin.

DA WOLLEN WIR HIN

Niedergelassener und Krankenhaus-Bereich sind inhaltlich, strukturell und personell besser aufeinander abgestimmt. Die Systeme (intra- und extramural) sind kompatibler und durchlässiger. Es wird nicht gegeneinander, sondern miteinander agiert – im Interesse der Patient_innen. Auch im ländlichen Bereich ist die medizinische Versorgung auf hohem Niveau gesichert. Das Kassentarifsystem ist an die heutigen medizinischen Anforderungen angepasst.

Kostentransparenz für alle medizinischen Leistungen ist gegeben. Die

Bürger_innen, die durch ihre Beiträge das Gesundheitssystem finanzieren, haben die Gewissheit, dass ihre Beiträge treffsicher, effizient und überprüfbar verwendet werden. Zudem fördert der Staat die Eigenverantwortung des Einzelnen. Die Gesundheitsvorsorge ist ausgebaut, was dazu führt, dass weniger Reparaturmedizin notwendig ist.

SO KÖNNEN WIR DAS ERREICHEN

Tarifgestaltung

- Durch die Vereinheitlichung und Gleichstellung von Tarifen für Gesundheitsleistungen und eine zentrale Finanzierung kann ökonomischer, transparenter und bedarfsorientierter agiert werden (ein Krankenkassensystem für Vorarlberg).

Transparenz und Datenmanagement

- Transparente Informationen an den Einzelnen über Einzahlungen ins und Auszahlungen aus dem Gesundheitssystem (Kontoauszug der Krankenkassen, Kostenaufstellung über Kosten im Krankenhaus, Rechnungslegung über Kosten der medizinischen Behandlung) zur Förderung des Kostenbewusstseins.
- Wir fordern ein vernetztes, strukturiertes, auf die Bedürfnisse von Patient_innen und Ärzt_innen zugeschnittenes Datenmanagement, das die Privatsphäre respektiert und den Datenschutz gewährleistet.

Eigenes Ausbildungssystem

- „Vorarlberger Weg“ – Einführung eines innovatives Ausbildungssystems für Allgemeinmediziner_innen mit dem Ziel, das akute Nachwuchsproblem nachhaltig zu beheben. Konzipiert und organisiert durch Land, Ärztekammer, GKK, Krankenhausbetriebsgesellschaft und ev. Soziale Dienste.

Prävention

- Motivation zur Gesundheitsvorsorge durch Einführung eines Gesundheitspasses (ähnlich Mutter/Kind-Pass) mit Bonus-System zur Stärkung der Eigenverantwortung. Gleichzeitig müssen die Vorsorgeangebote einer regelmäßigen Qualitätskontrolle unterzogen werden.

Ressourcenoptimierung

- Zur Verbesserung der Nutzung von Ressourcen in den Krankenhäusern des Landes werden Leistungen entsprechend internationaler Standards und definierter Ziele (ausschließlich durch Experten und ohne politischen Druck erarbeitet) evaluiert. Qualitätskontrollen werden verstärkt integriert. Schwerpunktsetzungen werden in den einzelnen Häusern entsprechend ihrer Funktion umgesetzt.
- Vermeidung von Zweigleisigkeiten zwischen niedergelassenem und Krankenhaus-Bereich, dadurch bessere Nutzung der Ressourcen durch Aufhebung der Grenzen beider Systeme.
- Der tagesklinische Bereich wird auf Kosten des stationären Bereichs ausgebaut, insbesondere in den kleineren Krankenhäusern Vorarlbergs.
- Überschüssige Akutbetten werden zugunsten von Reha-, Nachsorge- und geriatrischen Betten genutzt.

INTEGRATION

SO SIEHT'S HEUTE AUS

Integration ist ein dynamischer, kontinuierlicher und differenzierter Prozess des Zusammenführens. Das erfordert Annäherung, Interaktion, Kommunikation, Finden von Gemeinsamkeiten, Feststellen von Unterschieden und Übernahme gemeinschaftlicher Verantwortung. Integration verlangt nicht die Aufgabe der eigenen kulturellen Identität.

Vorarlberg wird durch Migration und interkulturellen Austausch seit Jahrhunderten wesentlich beeinflusst. Allerdings wird durch das Spiel mit Vorurteilen und durch das Schüren von Ängsten bzw. die gezielte Verbreitung von Halbwahrheiten politisches Kleingeld auf Kosten unserer Mitbürger_innen mit ausländischer Herkunft gemacht. Dem ist mit Sachlichkeit entgegenzutreten.

DA WOLLEN WIR HIN

Vorarlberg strahlt nach wie vor eine hohe Attraktivität für Menschen aus anderen Ländern aus. Die Vorarlberger_innen verstehen, dass Zuwanderung kein Übel ist, das wir erleiden, sondern ein positiver Beitrag zu einer vielfältigeren Gesellschaft. Dabei ist Integration kein einseitiger Akt der Anpassung sondern ein wechselseitiges Zusammenwachsen. Der Schlüssel zu erfolgreicher Integration ist Bildung. Deutsch ist die Sprache unseres Zusammenlebens. Neue Mitbürger_innen beweisen ihre Bereitschaft, diese Sprache zu lernen, und die Vorarlberger_innen ihre Bereitschaft, integrationswillige Menschen in ihrer Mitte aufzunehmen. Vorarlberg nützt die kulturelle Vielfalt zur Weiterentwicklung und Stärkung der Gesellschaft und der Wirtschaft. Toleranz ist eine wechselseitige Haltung. Die Gleichberechtigung von Mann und Frau ist eine Grundfeste Österreichs und wird als solche von allen Mitbürger_innen akzeptiert.

SO KÖNNEN WIR DAS ERREICHEN

Zuwanderung

- Wir lehnen Abschottung und Ausgrenzung ab und sind offen für Zuwanderer und Zuwanderinnen, die die Spielregeln der demokratischen Gesellschaft akzeptieren. Zuwanderer und Zuwanderinnen lernen die deutsche Sprache und bekennen sich zur österreichischen Rechts- und Werteordnung.
- Den Gemeinden kommt eine entscheidende Rolle bei der Integration von Zuwanderern und Zuwanderinnen zu: Gemeinden sollen der erste Ansprechpartner und Informationsdrehscheibe für Zuwanderer und Zuwanderinnen sein, z.B. durch die Erstellung einer Anlaufstelle oder offiziellen Betreuungsstelle.
- Asylwerber sind als Sonderfall der Zuwanderung anzusehen. Österreich bietet dauerhaften Schutz vor Verfolgung und Gefahr für Leib und Leben. Es ist daher unsere Pflicht, optimale Bedingungen für eine Eingliederung von Asylwerber_innen zu schaffen, auch wenn ihr Asylverfahren noch läuft. Wer sich gut in die Gesellschaft einfügt, soll auch arbeiten dürfen. Der Zugang zum Arbeitsmarkt erlaubt es den Asylwerber_innen, ihren Unterhalt selbst zu finanzieren, und entlastet damit die Steuerzahler_innen.
- Organisationen und Vereine, die gezielt Segregation (Trennung) und die Herbeiführung einer Parallelgesellschaft fördern, sind von öffentlichen Förderungen auszuschließen.

(Aus-)Bildung

- Bildung ist das wichtigste Mittel zur Integration: Kinder mit nicht-deutscher Muttersprache sollen nicht mit einem Startnachteil ins Schulwesen eintreten, sondern eine tragfähige Startrampe vorfinden. Der Schlüssel dazu ist sprachliche Frühförderung in der Muttersprache und auf Deutsch. Wer in der eigenen Muttersprache lesen und schreiben gelernt hat, lernt schneller und besser Deutsch und hat größere Chancen für die weitere Bildungs- und Berufslaufbahn. Mehrsprachige Angebote in Kindergärten und Volksschulen sowie individuelle Beratung und Förderung sind, wo möglich und notwendig, gezielt umzusetzen.

- Die Lehre als Chance zum Aufstieg – Besondere Bewerbung des dualen Ausbildungssystems bei Menschen mit Migrationshintergrund.
- Wir fordern einen chancengleichen Zugang zu Betreuungs-, Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen, weil dies die Integration erleichtert und beschleunigt.
- Erleichterte Anerkennung von Ausbildungen im Ausland inkl. Anerkennung der Diplome von Universitäten, Fachhochschulen und gewerblichen Fachschulen.

Wir streben eine offene und tolerante Gesellschaft mit multikulturellem Hintergrund an. Voraussetzung ist die Anerkennung und Wertschätzung aller Menschen, die in Vorarlberg ihren Lebensmittelpunkt haben. Erfolgreiche Integration basiert auf Liebe und Respekt: Liebe zur eigenen Kultur und Respekt vor der Kultur der anderen. Diese beiden Werte ergänzen einander.

KUNST UND KULTUR

SO SIEHT'S HEUTE AUS

Kunst und Kultur als demokratiepolitisches Gegengewicht und als Motor eines kritischen, gesellschaftlichen Diskurses werden nicht ausreichend geschätzt. Stattdessen werden sie zu oft als Wirtschaftsfaktor, insbesondere im Vorarlberger Tourismus, gesehen und dadurch an deren Umwegrentabilität gemessen.

Die Kunst- und Kulturförderung ist, was die Vergabe betrifft, zu wenig transparent, da im „Kulturbericht“ nur geförderte Projekte, Personen, Veranstalter und Institutionen sowie Fördersummen angegeben werden, nicht jedoch nach welchen Kriterien diese Förderungen zugeteilt wurden.

Anbieter_innen eines nicht-saisonalen Kulturangebotes werden nicht ausreichend gefördert, obwohl sie eine ganzjährige Basis an Kulturveranstaltungen abseits der Prestigeprojekte gewährleisten.

DA WOLLEN WIR HIN

Künstler_innen werden geschätzt und die Kulturpolitik steht zu ihrer Verantwortung für die öffentliche Finanzierung von Kunstschaffenden. Privates Sponsoring kann diese Finanzierung nur sinnvoll ergänzen, nicht ersetzen. Die landeseigenen Kulturinstitutionen folgen jeweils einem künstlerischen Konzept, das eine klare Linie verfolgt und zukunftsweisendes Agieren ermöglicht.

Transparenz auf allen Ebenen ist auch im Kunst- und Kulturbereich gegeben. Vor allem eine transparente Förderungsvergabe und das Feedback über das Erreichen der gesetzten Ziele des jeweils geförderten Projekts werden von der Kulturabteilung gewährleistet.

Ein besonderes Augenmerk gilt neben den saisonalen Kulturveranstaltungen vor allem jenen Kulturveranstalter_innen, die eine Kulturprogrammgestaltung über das ganze Jahr hinweg anbieten. Dies gilt auch

für Kunstschaffende, deren Werke auf den ersten Blick nicht ökonomisch rentabel sind, aber als Anregung für einen wertvollen gesellschaftlichen Diskurs dienen.

SO KÖNNEN WIR DAS ERREICHEN

- Wir stehen zur Finanzierung von Kunst und Kultur durch die öffentliche Hand und sind für die breitangelegte Förderung verschiedenster Projekte der Kunstschaffenden aus allen Bereichen (z.B. Bildende Kunst, Theater, Film, etc.)
- Die Kulturpolitik des Landes sollte landeseigene Kulturträger (Landestheater, Vorarlberg Museum, Kunsthaus, etc.) verstärkt durch das Einfordern langfristiger künstlerischer Konzepte im Schaffen einer klaren Linie unterstützen.
- Förderung von Vorarlberger Jungkünstler_innen bei Erstpräsentationen im Land durch Kooperationen mit Universitäten/etablierten Vorarlberger Künstler_innen auch im Bodenseeraum, damit ein Brain-Drain (Abwandern) von Vorarlberger Jungtalenten vermieden werden kann.
- Richtlinien für die Kulturförderung sollen für die Bürger_innen und Kunstschaffenden leicht auffindbar publiziert werden. Die Besetzungen von Kunstkommissionen und deren Entscheidungen müssen transparent gemacht werden. Antragsteller_innen ist ein Auskunftsrecht bezüglich der Entscheidungen von Kunstkommissionen einzuräumen.
- Wir fordern die Schaffung von neuen Proberäumen, damit es speziell jungen Musikern möglich ist diese zu nutzen und ihr Talent zu entfalten.
- Neben künstlerischen Institutionen, die repräsentativ und saisonal agieren (z.B. Festspiele), sollten auch Kulturveranstalter, die über das ganze Jahr hinweg den Bürger_innen ein Kulturangebot bieten, verstärkt gefördert werden. Auch künstlerische Produktionen, die nicht über eine Umwegrentabilität wirtschaftlich legitimiert sind, aber durch gesellschaftskritische Positionen zum Diskurs anregen, sollen kulturpolitische Aufmerksamkeit und Förderung erfahren.

ENERGIE UND UMWELT

SO SIEHT'S HEUTE AUS

Der Mensch verändert die Welt – sei es durch die Landnutzung, Waldrodung, Intensivierung der Landwirtschaft, Verstädterung, Verkehr oder auf eine andere Art; Der Wandel findet statt. Der menschliche Eingriff verändert die Ökosysteme und hat weitreichende Folgen für unser Leben.

Ob Ressourcenkrise, Verlust der Vielfalt, Naturkatastrophen oder das Wachstumsparadigma – wir stehen vor großen Herausforderungen, für deren Bewältigung grundsätzliche Fragen zu beantworten sind:

- **Motivation** – Wie können schädliche Gewohnheiten ohne Zwang geändert werden? Vertraut man auf Information und Beratung – oder sind positive Anreize und greifbare Vorteile notwendig, um gesteigertes Umweltbewusstsein zu schaffen?
- **Wirtschaftlichkeit** – Wie kann man Wirtschaftlichkeit und Umweltschutz nutzenbringend verbinden?

Die derzeitige Energiesituation in Vorarlberg ist geprägt durch eine hohe Abhängigkeit von Energieimporten. Das führt zu Unsicherheit bei Kosten und Lieferung (Stichwort russisches Erdgas). Die Erzeugung eigener Energie ist zwar durch unsere Landschaft begünstigt, allerdings liegt der Eigenversorgungsanteil derzeit nur bei 33 % des Gesamtbedarfs.

Trinkwasser ist ein Grundrecht. Vorarlberg ist in der glücklichen Situation, dass ausreichend sauberes, leistbares Wasser für alle Menschen vorhanden ist. Der uneingeschränkte Zugang dazu muss nachhaltig gesichert sein.

DA WOLLEN WIR HIN

Denke global, agiere lokal! Wir haben verstanden, dass Nachhaltigkeit nicht als Zustand, sondern als Prozess zu sehen ist. Wir wissen Bescheid

über ökosystemische Zusammenhänge sowie Ressourcenverfügbarkeit. Wir nutzen unsere Ressourcen achtsam, um ein dauerhaftes Fortbestehen des Planeten Erde und all seiner Bewohner_innen mit höchstmöglicher Lebensqualität zu gewährleisten.

Die Politik kommt wieder ihrer Aufgabe nach, geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen, um Privaten und Unternehmen ökologisch verträgliches Handeln und Wirtschaften zu ermöglichen. Vorarlberg nimmt in Österreich, Europa und weltweit eine Vorreiterrolle und Vorbildfunktion bei Umweltschutz und Erhalt der Lebensqualität ein. Wohlstandswachstum, Erhalt der Vielfalt und Generationengerechtigkeit sind Leitmotive unseres Handelns.

Vorarlberg ist weitgehend energieautonom, d.h. durch Energieeinsparung, effizienten und intelligenten Energieeinsatz sowie Eigenerzeugung von erneuerbarer Energie ist es nahezu unabhängig von Energieimporten.

SO WOLLEN WIR DAS ERREICHEN

Sicherung der Grundversorgung

- Jeder Mensch hat das Recht auf sauberes und leistbares Wasser. Im Bereich der Wasserversorgung sollte auf Basis der vorhandenen Rechtslage vor allem durch vermehrte Kooperation und Zusammenschlüsse die Effizienz gesteigert werden. Zudem braucht es Transparenz bei Investitionen und Abgabenverrechnung.

Erneuerbare Energien

- Erstes Ziel einer enkelfittigen Energie- und Umweltpolitik muss es sein, mittels effizientem Einsatz nachhaltiger, erneuerbarer Ressourcen die erforderliche Energie bereitzustellen. Vorarlberg hat wertvolle Ressourcen im Landeseigentum, deren Verkauf für uns nicht zur Diskussion steht. Für den nachhaltigen Umbau der Energieversorgungssysteme braucht es das Zusammenspiel zwischen öffentlich und privat sowie dezentraler und zentraler Energieerzeugung – immer vor dem Hintergrund fairer Bedingungen und Gewährleistung von Transparenz und Kostenwahrheit.

- Es muss das Ziel jeglicher Energie- und Umweltpolitik sein, sich weg von fossilen Brennstoffen hin zu erneuerbaren Energiequellen zu entwickeln.
- Wir fordern den weiteren Ausbau von alternativen Energien und weitreichende Aufklärung über Energiespar-Methoden.
- Gezielter Ausbau von Wasserkraft und Nutzung von Windkraft, wo es sinnvoll und umweltverträglich ist.
- Prüfung und gegebenenfalls Ausbau von Solarthermie, Photovoltaik, Erdwärme u.a.

Sensible Ressourcennutzung

- Aktive Erhaltung und Förderung der regionalen Vielfalt durch eine ökologisch nachhaltige Landwirtschaft, deren Fortbestehen durch die Verbesserung der Rahmenbedingung gesichert ist (siehe Kapitel Landwirtschaft).
- Stopp der Zersiedelung und Eindämmen der jährlichen Flächenversiegelung. Stattdessen eine auf Synergien basierende Siedlungspolitik inklusive Entwicklung und Umsetzung neuer Verkehrskonzepte.

Fracking-Verbot

- Wir sind entschieden gegen die kommerzielle Förderung von Schiefergas. Geht es um die Trinkwasserversorgung und den Lebensraum von hunderttausenden von Menschen, darf nicht das geringste Risiko eingegangen werden. Daher sind auch Erkundungsbohrungen in der Bodenseeregion strikt abzulehnen.

Bewusstseinsbildung

- Wir wollen Umweltbewusstsein bereits im Kindesalter schaffen und fördern, indem entsprechende Themen (z.B. Grundlagen der Ökosystemlehre) und Projekte (z.B. zur Bewusstseinsbildung im Konsumverhalten) fixer Bestandteil des Unterrichts an Pflichtschulen sind.

Forschung

- Wir plädieren für den Ausbau der Forschungsförderung im Bereich Nachhaltigkeit in technischen, sozialen und wirtschaftlichen Disziplinen.
- Gezielte Förderung von Unternehmen bzw. neuer Geschäftsmodelle, die sich mit Nachhaltigkeit beschäftigen – gute Ideen und verantwortungsvolles Verhalten sollen sich auszahlen.

RAUMPLANUNG UND WOHNEN

SO SIEHT'S HEUTE AUS

Die Kosten fürs Wohnen – Bau- und Mietpreise, aber speziell auch die Wohnnebenkosten – sind in Vorarlberg in den letzten Jahren aus verschiedensten Gründen stärker gestiegen als die verfügbaren Einkommen. Wohnen ist daher für viele Menschen in unserem Land mittlerweile kaum mehr finanzbar.

Ob Wohnen leistbar ist oder nicht, erweist sich nicht zuletzt auch als eine Frage der Besteuerung der Erwerbseinkommen (die Gesamt-Steuerbelastung ist deutlich zu hoch, daher bleibt auch weniger Geld fürs Wohnen) und der Baukultur (überbordende Normen- und Regelflut verteuert das Bauen).

In Vorarlberg gibt es tausende Wohneinheiten, die leer stehen und nicht dem Mietmarkt zugeführt werden, weil die gesetzlichen Rahmenbedingungen für Vermieter_innen unattraktiv sind.

Nur rund 25 % der Landesfläche von Vorarlberg sind sinnvoll zur Bebauung geeignet. Die Zersiedelung, vor allem in den Regionen Rheintal und Walgau, schreitet massiv voran. Alleine die Bevölkerung des Rheintals hat sich in den vergangenen 150 Jahren vervierfacht. Großflächige Raumnutzungskonzepte sind entweder nicht vorhanden oder nicht öffentlich zugänglich gemacht.

Die derzeitige überregionale Raumplanung erweist sich als wenig effektiv und berücksichtigt die Bedürfnisse nachfolgender Generationen nicht ausreichend. Dadurch wird die weitere Zersiedelung forciert und eine ressourcensparende Nutzung von Bodenflächen verhindert. Eine sinnvolle überregionale Siedlungs- und Gewerbegebietsentwicklung findet zu wenig statt.

DA WOLLEN WIR HIN

Der Wohnbedarf wird dort abgedeckt, wo er entsteht. Wohnen ist in Vorarlberg auch in den Ballungszentren wieder leistbar. Die Abwanderung aus den ländlichen Gebieten ist gestoppt.

Durch die Mobilisierung leer stehender Wohnungen und anderer Maßnahmen konnten die Mieten deutlich gesenkt werden. Der Spekulation mit Grundstücken wurde Einhalt geboten.

Das Kirchturm-Denken wurde zugunsten einer enkeltauglichen raumplanerischen Gesamtbetrachtung aufgegeben.

SO KÖNNEN WIR DAS ERREICHEN

Sozialer Wohnbau

- Weitere Forcierung des sozialen Wohnbaus, möglichst nicht auf der "grünen Wiese" sondern durch Verdichtung und verstärkte Nutzung bereits erschlossener Flächen. Speziell kleinere Gemeinden sollen den sozialen Wohnbau wesentlich stärker und zielgerichtet vorantreiben.
- Die Möglichkeit zum Mietkauf soll gegeben werden. Die dem sozialen Wohnbauträger dadurch zufließenden Mittel werden zweckgebunden und sollen verpflichtend zur Errichtung von neuen Sozialwohnungen verwendet werden. Dadurch erfolgt eine Durchmischung der Häuser mit Eigentümern und Mietern, der sozialen Ghettobildung wird entgegen gewirkt. Zudem werden rasch neue Mittel für den sozialen Wohnbau frei.

Mietrecht

- Es sollen wirksame Impulse gesetzt werden, damit das Vermieten leer stehender Wohnungen wieder attraktiver wird.
- Die Mietvertragsgebühr soll abgeschafft werden.

Baugenehmigungen & Instanzenzug

- Mehr Transparenz und Objektivierung des Verfahrens für Baugenehmigungen, z.B. durch Offenlegungspflicht bzw. Übergabe der Verantwortung an den Gemeindeverband.
- Der gemeindeinterne Instanzenzug gegen Bescheide der Gemeinde soll abgeschafft werden. Statt der Gemeindevertretung (Berufungskommission) soll das Landesverwaltungsgericht als zweite Instanz fungieren. So kann mehr Unabhängigkeit und Objektivität gewährleistet werden.

Lenkungsmaßnahmen

- Die Wohnbauförderungsbeiträge sollen zweckgebunden verwendet werden, was auch die Rückflüsse aus Wohnbauförderungsdarlehen mit einschließt.
- Konkretisierung sowie effiziente, zeitnahe Umsetzung bereits begonnener Raumentwicklungsprojekte/-prozesse wie z.B. Vision Rheintal.

INTERNET vorarlberg.neos.eu
E-MAIL vorarlberg@neos.eu
FACEBOOK facebook.com/neos.vlbg
TWITTER @neos_eu

FINANZIELLE UNTERSTÜTZUNGEN

bitte an „NEOS Vorarlberg“
IBAN: AT29 2011 1821 5274 7604
BIC: GIBAATWWXXX

IMPRESSUM

NEOS Vorarlberg
Schubertstraße 2, 6850 Dornbirn

vorarlberg.neos.eu

